

#SÜD-OST 05. Dezember 2018

EVG unterstützt Gründung einer Landesverkehrsgesellschaft: Belange von Kunden und Beschäftigten in den Fokus nehmen

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) in Sachsen unterstützt den Vorstoß des sächsischen Verkehrsministers, Martin Dulig, zur Gründung einer Verkehrsgesellschaft im Freistaat.

„Die aktuelle Kleinstaaterei der Verkehrsverbände in Sachsen verhindert innovative Lösungen und Ansätze“, sagte die stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandsvorstandes, Ramona Möbius. „Eine Landesverkehrsgesellschaft würde einheitliche Regelungen im ÖPNV und SPNV ermöglichen und endlich die Chance eröffnen, die Belange der Kunden und der Beschäftigten in den Mittelpunkt zu stellen.“

Die Einführung eines einheitlichen Tarifsystems (Sachsentarif) komme derzeit nicht voran, so die EVG. Themen wie ein Bildungs- oder Azubi-Ticket und ein vereinfachter Zugang zum ÖPNV insgesamt bedürften dringend nachhaltiger Lösungen. Für die EVG gehe es aber auch darum, bei anhaltendem Ausschreibungswettbewerb den Übergang der Beschäftigten zu neuen Anbietern sozial zu gestalten, so Landes-Vize Ramona Möbius: „Die Aufgabenträger versäumen es einfach zu oft, den Personalübergang auch für Werkstatt-, Vertriebs- und andere Beschäftigte vorzuschreiben. Dadurch sind Betriebsaufnahmen gefährdet. Das ließe sich verhindern, wenn die Ausschreibungen zentral gesteuert werden.“ Ein einheitliches

Sicherheitskonzept, dass das Sicherheits- und Servicegefühl der Fahrgäste berücksichtigt und eine fundierte Ausbildung und Qualifizierung des Personals beinhaltet, fehlt derzeit.

EVG-Geschäftsstellenleiter Gunter Ebertz erklärt: „Wir fordern die Landespolitik in Sachsen auf, mit der Gründung einer Landesverkehrsgesellschaft die Weichen in Richtung Stärkung des ÖPNV und SPNV zu stellen.“ Der Nahverkehr in Sachsen solle in Zukunft bezahlbar und attraktiv aus einer Hand gestaltet werden. Taktverbesserungen im SPNV seien dabei ein geeignetes Mittel. Gesellschaftliche Aufgaben wie ein Bildungs- oder Seniorenticket sind nach Auffassung der EVG aus den Mitteln des Landes und nicht aus den Regionalisierungsmitteln des Bundes zu finanzieren. Stetig steigende Steuereinnahmen gäben den nötigen Spielraum dafür her.